

Bauernbund Brandenburg kritisiert “Beihilfe zum Bodenraub”

Mit Enttäuschung hat der Bauernbund Brandenburg, Berufsorganisation der selbständigen Landwirte, die Nachricht aufgenommen, dass die Bundesregierung gegen das “Neubauernurteil” des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Rechtsmittel eingelegt hat. Dass das Land Brandenburg dieses Vorgehen auch noch unterstützt, kritisiert BBB-Präsident Karsten Jennerjahn als “Beihilfe zum Bodenraub”. Die Vergabe von Bodenreformland an Vertriebene in den 1940er Jahren sei eine Form des Lastenausgleichs für erlittenes Unrecht und Eigentumsverlust gewesen. “Im Westen wurden beim Lastenausgleich keine Auflagen gemacht, dort sind Rückforderungen wegen Nichteinhaltens der Zweckbindung ausgeschlossen. Warum wird hier mit zweierlei Maß gemessen?”, fragt der 41jährige Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz. Das Bodenreformland sei außerdem nicht vom Staat aufgebracht worden, der es jetzt für sich beansprucht, sondern von ebenfalls unrechtmäßig enteigneten Gutsbesitzern und Bauern. Jennerjahn fordert Bundes- und Landesregierung auf, das Urteil zu akzeptieren und damit Rechtssicherheit für das Eigentum an Grund und Boden wieder herzustellen.

*Bauernbund Brandenburg
c/o Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennowitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
www.bauernbund-brandenburg.de*